



Slow Food Foundation
for Biodiversity



Übertrag aus dem englischen Original

Stoppen Sie den Verlust der Vielfalt landwirtschaftlicher Kulturpflanzen!

Februar 2013

Zum Schutz der Biodiversität in der Landwirtschaft, der bäuerlichen Rechte in Europa und den Entwicklungsländern, der weltweiten Ernährungssicherheit und der Wahlmöglichkeit und Transparenz für VerbraucherInnen sind grundlegende Veränderungen im Entwurf der neuen Verordnung zum Inverkehrbringen von Saat- und Pflanzgut dringend erforderlich.

Im November 2012 legte die Generaldirektion SANCO eine aktuelle Version des Entwurfs für eine neue Verordnung zum Inverkehrbringen von Saat- und Pflanzgut (Marketing of Plant Reproductive Material) für die dienststellenübergreifenden Konsultation vor. Diese Verordnung soll zahlreiche Richtlinien ersetzen.

Als Organisationen der Zivilgesellschaft appellieren wir heute stellvertretend für hunderttausende BürgerInnen in der EU nochmals¹ an Sie: Treten Sie für eine Saat- und Pflanzgutverordnung ein, die den Zielen des Umweltschutzes, einer nachhaltigen Landwirtschaft und der weltweiten Ernährungssicherheit Rechnung trägt, sowie auch den bäuerlichen Rechten, den Erwartungen der VerbraucherInnen und den Erfordernissen kleiner Akteure am Saatgutmarkt. **Verhindern Sie die drastischen negativen Konsequenzen des derzeitigen Entwurfs!**

Unsere Hauptforderungen:

Zum Schutz und der Förderung der Vielfalt landwirtschaftlicher Kulturpflanzen:

- ✓ Keine verpflichtende Sortenzulassung und Zertifizierung mit Probenahmen für samenfestes Saat- und Pflanzgut, welches nicht durch ein geistiges Eigentumsrecht (IPR) geschützt ist

Zum Schutz und der Förderung von Demokratie und bäuerlichen Rechten:

- ✓ Der Austausch von Saat- und Pflanzgut zwischen Bauern, sowie zwischen Bauern und anderen Individuen, darf nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.
- ✓ Der Anwendungsbereich der Verordnung muss sich auf das Inverkehrbringen von Saat- und Pflanzgut *zum Zweck der kommerziellen Nutzung und oberhalb bestimmter Mengen (wie in Art. 8 (2) der Verordnung 1765/92 definiert) beschränken.*

Zum Schutz und der Förderung der Wahlmöglichkeit und Transparenz für VerbraucherInnen:

- ✓ Es ist sicherzustellen, dass samenfeste Sorten und Sorten, welche für den biologischen Landbau oder spezielle lokale Bedingungen gezüchtet wurden, nicht durch die Normen einer (selbst freiwilligen) Zulassung, Zertifizierung oder Pflanzengesundheitsvorschriften diskriminiert werden.
- ✓ Für kleinste und kleine Unternehmen - sofern sie nicht mit gentechnisch veränderten Organismen oder Saat- und Pflanzgut arbeiten, das durch geistige Eigentumsrechte geschützt ist (Sortenschutz oder Patente) - sollen nur Grundvorschriften für Unternehmen (operator) gelten,

¹ Wie bereits in einem Offenen Brief im April 2012 dargestellt, siehe SeedForAll.org

- ✓ Bei zugelassenen Sorten und Pflanzenmaterial muss Transparenz über die verwendeten Züchtungsmethoden und erteilten geistigen Eigentumsrechte sichergestellt sein.

Bitte entnehmen Sie unsere Analyse und Überlegungen zur Umsetzung einer *echten* „besseren Rechtsetzung“ den anschließenden Seiten. Wir sind jederzeit bereit, diese Vorschläge mit Ihnen zu diskutieren. Wir werden Ihre Entscheidungen sorgfältig beobachten und für unsere Forderungen eintreten.

Mit freundlichen Grüßen,
die unterzeichnenden Organisationen

Die unterzeichnenden Organisationen:

Arche Noah
Aprodev (Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe)
Birdlife
Eurocoop
Friends of the Earth Europe
Grain
IFOAM EU (EU Group of the International Federation of Organic Agriculture Movements)
Save Our Seeds
Slow Food Foundation for Biodiversity
Sowing the Future

Dieser Brief geht an:

Tonio Borg, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz
Dacian Ciolos, Kommissar für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
Janez Potočnik, Kommissar für Umwelt
László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration
Antonio Tajani, Kommissar für Industrie und Unternehmertum
Andris Piebalgs, Kommissar für Entwicklung
Johannes Hahn, Kommissar für Regionalpolitik

Unsere Analyse im Detail:

Der Entwurf bedeutet eine massive Gefährdung für Biodiversität und Agrarökologie

Das aktuell gültige System einer verpflichtenden behördlichen Zulassung und Zertifizierung wird im aktuellen Verordnungsentwurf fortgeschrieben. Dieses restriktive System ist jedoch weitgehend für die Abnahme der Vielfalt landwirtschaftlicher Kulturpflanzen in den letzten Jahrzehnten verantwortlich. Es unterwirft Hausgartensorten, bäuerlichen Züchtungen und Sorten, welche vor allem auf lokalen Märkten Bedeutung haben, denselben Auflagen und Belastungen, die für Saat- und Pflanzgut gelten, die im industriellen Maßstab auf sehr großen Flächen eingesetzt werden. Dieses System wird zukünftig weitere drastische Verluste an landwirtschaftlicher Vielfalt verursachen, und missachtet dabei Verpflichtungen der Europäischen Union².

Die für „alte Sorten“ vorgesehenen Ausnahmeregelungen sind bei weitem nicht ausreichend. Jegliche geographische, zeitliche oder quantitative Beschränkung reduziert die Vielfalt landwirtschaftlicher Kulturpflanzen auf ein museales Konzept, welches nicht geeignet ist, die biologische Vielfalt als dynamischen Prozess zu erfassen, welcher von höchster Bedeutung für eine nachhaltige Landwirtschaft und die weltweite Ernährungssicherheit ist.

Unsere Forderungen:

- Keine *verpflichtende* kostenpflichtige Sortenzulassung und Zertifizierung mit Probenahme für Saat- und Pflanzgut, welches samenfest und nicht mit geistigen Eigentumsrechten (Sortenschutz oder Patente) belegt ist.
- Eine *freiwillige* Sortenzulassung, basierend auf behördlich anerkannten Beschreibungen, soll für alle Arten und Gattungen offenstehen, ohne zeitliche oder geographische Beschränkungen auf „Ursprungsregionen“.

Der Verordnungsentwurf muss die Rechte und Wahlmöglichkeiten der Bauern und Bäuerinnen respektieren

Durch den Verordnungsentwurf wird die bäuerliche Praxis des Tauschens von Saat- und Pflanzgut aus eigener Ernte *mit Verwaltungsstrafen bedroht*. Diese jahrtausendealte Praxis hat jedoch auch heute für tausende nicht-industrielle landwirtschaftliche Betriebe in der EU große Relevanz. Sie ist ein Teil unserer ländlichen Kultur und hat sich als effektive Strategie der Arbeitsteilung in bäuerlichen Gemeinschaften bewährt. Diese bäuerlichen Aktivitäten tragen zur Erhaltung und – durch bäuerliche Züchtungsaktivitäten – auch zur weiteren Entwicklung der Vielfalt unserer Kulturpflanzen bei. Sie tragen ebenso zur Anpassung von Kulturpflanzen an lokale Anbaubedingungen bei und können damit die Resilienz von Agro-Ökosystemen im Klimawandel erhöhen. Darüber hinaus sollte die Sicherstellung der lokalen Versorgung mit Saat- und Pflanzgut und die Möglichkeit, auf lokales Wissen zurückzugreifen, als wichtiger Teil der Vorsorge und Bewältigung von Krisensituationen erachtet werden.

Der Austausch von Saat- und Pflanzgut zwischen Bauern und Bäuerinnen und die Direktvermarktung von Saatgut auf lokaler Ebene stellen keine kommerzielle Nutzung im Sinn der Gesetzgebung dar. Sie sind ganz im Gegenteil als komplementäre Aktivitäten zu betrachten. Als solche müssen sie außerhalb des Anwendungsbereichs der Verordnung bleiben, um Rechtssicherheit für bäuerliche Betriebe zu gewährleisten, die keine Betreiber (operators) im Sinn der Saat- und Pflanzgutverordnung sind. Auf diesem Weg wird auch eine bessere Erfüllung der Verpflichtungen erreicht, welche aus dem Internationalen Saatgutvertrag (International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture³) resultieren. Auch in Artikel 109 der “The Future We Want” Deklaration der Rio+20 United Nations Konferenz wird die Bedeutung der traditionellen nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken ausdrücklich anerkannt, mit explizitem Verweis auf traditionelle Saatgutversorgungssysteme.

Werden die freiwilligen Leistungen der Bauern und Bäuerinnen für die Erhaltung und Entwicklung der Vielfalt landwirtschaftlicher Kulturpflanzen bedroht, so führt dies...

- > zur Verschlechterung der lokalen Ernährungssicherheit
- > zum Verlust von Vielfalt *in situ* (die durch Bauern zu geringen öffentlichen Kosten erhalten wird), und damit:
- > zu höheren öffentlichen Kosten für die *ex situ* Erhaltung

² Wie zum Beispiel die Verpflichtung zum Schutz “pflanzengenetischer Ressourcen” *in situ* durch nachhaltige Nutzung, wie in der Konvention über Biologische Vielfalt CBD festgelegt; oder die Ziele der EU Biodiversitätsstrategie 2020: Erhaltung und Verbesserung der Ökosysteme und ihrer Dienstleistungen, Erhöhung des Beitrags einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität, und Erhaltung der genetischen Vielfalt der europäischen Landwirtschaft.

³ Der Internationale Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft ITPRGFA umfasst die Verpflichtung, die Rechte der Bauern, auf dem Betrieb gewonnenes Saatgut zu nutzen, auszutauschen und zu verkaufen, zu implementieren, und politische und rechtliche Maßnahmen zu implementieren, die eine nachhaltige Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen sicherstellen, in Anerkennung der Beiträge der Bauern, vor allem kleiner und traditioneller, und der lokalen Gemeinschaften, zur Erhaltung und Entwicklung pflanzengenetischer Ressourcen.

Darüber hinaus würde eine Kriminalisierung der Bauern auch durch die Gleichwertigkeitsbestimmungen der EU und spezifische bilaterale oder multilaterale Exportabkommen in Drittländer „exportiert“ werden. Besonders in Entwicklungsländern, wo informelles bäuerliches Saatgut nach wie vor eine zentrale Rolle in lokalen Ernährungssystemen spielt, wäre die Konsequenz einer solchen EU Verordnung zu Saat- und Pflanzgut verheerend. Sie würde traditionelle informelle Anbausysteme gefährden, die 70 Prozent der Weltbevölkerung ernähren, darunter auch die schwächsten Bevölkerungsgruppen.

Unsere Forderungen:

- Der Austausch von Saat- und Pflanzgut zwischen Bauern, sowie zwischen Bauern und anderen Individuen, darf nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.
- Der Anwendungsbereich der Verordnung muss sich auf das Inverkehrbringen von Saat- und Pflanzgut *zum Zweck der kommerziellen Nutzung und oberhalb bestimmter Mengen (wie in Art. 8 (2) der Verordnung 1765/92 definiert) beschränken*⁴.

Der Verordnungsentwurf muss Transparenz und Wahlmöglichkeit für VerbraucherInnen gewährleisten

Die verpflichtende Sortenzulassung wird oft mit Konsumentenschutz und Transparenz für VerbraucherInnen gerechtfertigt. Bedenkt man jedoch die daraus resultierende Einschränkung des Angebots am Saatgut- und Lebensmittelmarkt aufgrund der technischen, finanziellen und bürokratischen Hürden für Sorten und Inverkehrbringer – trotz zunehmender Nachfrage nach vielfältigeren und lokal produzierten Lebensmitteln – so kann der Entwurf nicht als Instrument für den Schutz der Interessen der KonsumentInnen betrachtet werden. Der Entwurf ist zudem ein Hemmnis für den Anbau zu Zwecken der Selbstversorgung, weil er die Auswahl an Saat- und Pflanzgut mit breiter genetischer Basis, welches anpassungsfähig an lokale Bedingungen ist, reduziert. Generell ist die Verordnung nur auf den großflächigen Anbau ausgerichtet. Die Realität auf lokaler Ebene ist jedoch oft eine ganz andere – hier ist z.B. in der Direktvermarktung die Rückverfolgbarkeit von Saat- und Pflanzgut gegeben.

DUS-Tests (auf Homogenität, Unterscheidbarkeit, Stabilität) als Voraussetzung für die Sortenzulassung werden so begründet, dass damit hohe Qualität garantiert werden könne. Allerdings hängt der Qualitätsbegriff in erster Linie von den spezifischen Anforderungen des Nutzers ab – und diese können stark differieren. Für einen Hausgärtner kann auch eine Sorte ohne amtliche Zulassung perfekt geeignet sein, welche er jedoch aufgrund der Marktbeschränkungen unter Umständen nicht erhalten kann. Bauern, die Saat- und Pflanzgut mit ganz speziellen ästhetischen oder kulinarischen Qualitäten suchen, finden am Profi-Markt nicht immer geeignete Angebote. Bio-Bauern auf der Suche nach Saat- oder Pflanzgut, welches einen niedrigeren durchschnittlichen Ertrag mit großer Robustheit – und aufgrund dessen einem geringeren Bedarf an externen Inputs – vereint, finden am Markt kein adäquates Angebot.

Ein anderes Argument, welches häufig für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems vorgebracht wird, ist, dass für Nutzer von Saat- oder Pflanzgut schwierig oder unmöglich wäre, Abweichungen von der Identität der Qualität im Moment des Kaufes festzustellen. Dies mag zwar zutreffen; gleichzeitig gilt dies jedoch für die meisten Produkt und Märkte – seien es abgepackte Lebensmittel, im Baugewerbe, bei Reisebuchungen oder Software. Alle diese Märkte entwickeln auch ohne obligatorische behördliche Pre-Market Tests eine große Angebotsvielfalt. Eine auf DUS und VCU-Tests (Value for Cultivation and Use) beruhende Sortenzulassung könnten als freiwillige Option angeboten werden, für jene Verbraucher, die die entsprechenden PRM Kategorien wünschen.

Andererseits kann Transparenz leicht auch durch Kennzeichnungsvorschriften und Erzeugergarantie erreicht werden. Auch für andere Märkte wird die Kennzeichnung als geeignetes Mittel erachtet, um Transparenz herzustellen, beispielsweise für den Lebensmittelmarkt, der sogar ein wesentlich größeres gesundheitsgefährdendes Potential aufweist. So wäre beispielsweise eine kostenfreie Eintragung in ein Register ohne das Erfordernis von DUS Tests für samenfeste, frei reproduzierbare Sorten, die mit konventionellen Methoden gezüchtet wurden und nicht mit geistigen Eigentumsrechten belegt sind, ebenso geeignet, Rückverfolgbarkeit und gleichzeitig auch Biodiversität zu gewährleisten. Entgegen den eigenen Ansprüche und auch entgegen der KonsumentInnenwünsche stellt der Verordnungsentwurf Transparenz über Züchtungsmethoden und geistige Eigentumsrechte für die zugelassenen Sorten am Markt nicht sicher. Hingegen beeinträchtigt die Verordnung in Verbindung mit dem Entwurf zur Pflanzengesundheit das vom EuGH bestätigte Betriebsgeheimnis von Bauern,

⁴ Artikel 8 der Verordnung (EEC) 1765/92 vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen definiert den Begriff des Kleinerzeugers als Erzeuger, die einen Antrag auf Ausgleichszahlung für eine Fläche stellen, die höchstens der für die Erzeugung von 92 Tonnen Getreide benötigten Fläche entspricht. Derselbe Ansatz könnte auch zur Definition nicht-kommerzieller Saatgutmengen herangezogen werden: Saat- und Pflanzgut das auf einer Fläche produziert wird, die höchstens der für die Erzeugung von 92 Tonnen Getreide benötigten Fläche entspricht.

welche ihr eigenes Saatgut herstellen, da es den Informationsfluss an die Industrie betreffend Saat- und Pflanzgut, welches mit geistigen Eigentumsrechten belegt ist, erleichtert.

Unsere Forderungen:

- Der Austausch von Saat- und Pflanzgut zwischen Bauern, sowie zwischen Bauern und anderen Individuen, darf nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.
- Für kleinste und kleine Unternehmen - sofern sie nicht mit gentechnisch veränderten Organismen⁵ oder Saat- und Pflanzgut arbeiten, das durch geistige Eigentumsrechte geschützt ist (Sortenschutz oder Patente) - nur Grundvorschriften für Unternehmen (operator) gelten,
- Die DUS Kriterien und Testmethoden müssen angepasst werden an die Anforderungen von Sorten, welche zur Deckung des Bedarfs agro-ökologischer Anbausysteme gezüchtet werden, und es ist sicherzustellen, dass samenfeste Sorten und Sorten, welche für den biologischen Landbau oder spezielle lokale Bedingungen gezüchtet wurden, nicht durch die Normen einer (selbst freiwilligen) Zulassung, Zertifizierung oder Pflanzengesundheitsvorschriften diskriminiert werden.
- Züchter müssen im Zuge der Antragsstellung Informationen über die Züchtungsmethoden und geistigen Eigentumsrechte im Zusammenhang mit einer Sorte oder deren Eltern bekanntgeben. Die Vertraulichkeit darf mit Erteilung der Sortenzulassung nicht weiter zugestanden werden.

⁵ Wie in den Annexen IA und IB der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates .

Stop the loss of agricultural biodiversity now!

February 2013

Call for significant changes in the new Regulation on Marketing of Plant Reproductive Material (PRM) to safe agricultural biodiversity, the rights of farmers in Europe and developing countries, global food security and consumers' choice and transparency

In November 2012, DG SANCO issued an updated draft proposal for a new Plant Reproductive Material (PRM) regulation, which will replace numerous directives, aiming at inter-service consultation.

As civil society organisations representing hundreds of thousands of European citizens we again call on you⁶ to make the future PRM legislation more respectful towards environment, sustainable agriculture, farmers' rights, consumers' expectations, global food security and needs of small actors in the seed chain, and prevent the **strong negative consequences of the current draft proposal**.

Our main demands:

Concerning promoting agro-biodiversity:

- ✓ No obligatory registration and certification with sampling for seeds and other plant reproductive material (PRM) that is open pollinating and not protected by a private intellectual property right (IPR).

Concerning promoting democracy and farmers' rights:

- ✓ The exchange of seeds and other plant reproductive material between farmers and between farmers and individuals must be excluded from the scope of the regulation;
- ✓ The scope of the regulation must be limited to the marketing of PRM *with a view to commercial exploitation and above certain quantities (as defined in art. 8 (2) of Reg. 1765/92)*;

Concerning promoting consumers' choice and transparency:

- ✓ Ensure that open pollinating varieties and seeds bred for organic farming or specific local conditions are not discriminated by norms of (even voluntary) registration, certification and plant health requirements.
- ✓ Micro and small enterprises shall only comply with basic rules concerning the operators as long as they are not dealing with GMO or with PRM protected by IPRs (Plant Variety Rights or patents).
- ✓ Ensure transparency on breeding methods and Intellectual Property Rights associated with registered varieties and plants.

Please find our analysis and more detailed reasoning how to achieve a real "better regulation" below. We are ready to discuss these proposals with you. European civil society will closely monitor the moves and decisions of the European law makers and it is ready to stand up for its demands.

Yours sincerely,

The signing organisations as listed

The signing organisations:

Arche Noah

AprODEV (Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe)

Birdlife

Eurocoop

Friends of the Earth Europe

Grain

⁶ As we already expressed in the Seedforall.org open letter, sent in April 2012.

IFOAM EU (EU Group of the International Federation of Organic Agriculture Movements)
Save Our Seeds
Slow Food Foundation for Biodiversity
Sowing the Future

This letter goes:

Tonio Borg, Commissioner for Health and Consumer Protection
Dacian Cioloș, Commissioner for Agriculture and Rural Development
Janez Potočnik, Commissioner for the Environment
László Andor, Commissioner for Employment, Social Affairs and Inclusion
Antonio Tajani, Commissioner for Industry and Entrepreneurship
Andris Piebalgs, Commissioner for Development
Johannes Hahn, Commissioner for Regional Policy

Our analysis in more details:

The draft is a massive threat for biodiversity and agro-ecology

The present system of mandatory official registration and certification is being continued in the draft proposal. This restrictive system is largely responsible for the decrease of cultivated biodiversity in the past decades. It imposes the same burdens on varieties for household gardens, farmers' varieties and varieties mainly used on local markets as on PRM used in industrial agriculture on very large areas. This system leads to more dramatic loss of agricultural biodiversity in the future, neglecting EU obligations⁷.

The narrow derogations provided for "old varieties" are not nearly sufficient. Any geographic, time and quantitative restriction reduces agricultural diversity to a museum concept, failing to conceive diversity as a dynamic process of uttermost importance for a future sustainable agriculture and global food security.

We demand

- Registration and certification with costs and sampling shall not be obligatory for PRM that is open pollinating, and not protected by a private intellectual property rights (plant variety certificates or patents).
- Voluntary registration based on officially recognized descriptions shall be possible for all species and genera without restriction in time and geographic restrictions to "regions of origin".

The legislative proposal must respect farmers' rights and choices

The draft makes farmers' practice of exchanging seeds from their own harvest *punishable*. This thousands-of-years old practice, however, still has great relevance for thousands of non-industrial farms in the EU. It is a part of our rural culture and has proved an effective strategy of labor division in rural communities. These activities of farmers contribute to the conservation and, by farmers' breeding activities, the further development of agricultural biodiversity. They contribute to the adaptation of crops to local conditions and might improve the resilience of agro-ecosystems during climate change. Furthermore, ensuring local PRM supply and the possibility to rely on local knowledge should be considered an essential part of emergency preparedness and response in any case of disaster.

The exchange of seed and other plant reproductive material between farmers, and the direct marketing of seed at a local scale are not a commercial activity in the sense of the legislation. On the contrary, they are complementary activities. They have to remain out of scope in order to ensure legal security for farmers, who are not operators in the meaning of the PRM legislation and in order to better comply with the commitments resulting from the International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture⁸. Also article 109 of the "Future We Want" declaration of the Rio+20 United Nations Conference recognises the importance of traditional sustainable agricultural practices, explicitly including traditional seed supply systems.

Threatening farmers' voluntary services to conserve and develop agricultural biodiversity results in:

- > reduction of local food security
- > loss of diversity *in situ* (conserved by farmers at very low public costs), and therefore:
- > more public costs for *ex situ* conservation activities

Furthermore, criminalizing farmers will be "exported" to third countries through the EU equivalence system and specific bilateral or multilateral export agreements. Especially in developing countries where informal farmers' seeds still play a crucial role for local food systems, the consequences of such EU PRM legislation will be even more devastating, putting at risk traditional informal farming systems who feed 70 percent of the world's population, including the most vulnerable.

We demand

- Exclude the exchange of PRM between farmers and between farmers and individuals from the scope of the regulation

⁷ E.g. the obligation to protect "plant genetic resources" *in situ* through their sustainable use, as stipulated by the [Convention on Biological Diversity CBD](#); the EU key targets set by the [EU biodiversity strategy 2020](#): better protection of ecosystems and their services, increased contribution of sustainable agriculture and forestry to biodiversity, conservation of Europe's agricultural genetic diversity.

⁸ The [International Treaty ITPGRFA](#) expresses the obligation to implement farmers' rights to save, use, exchange and sell their own farm-saved seeds, and to implement policies ensuring the sustainable use of plant genetic resources, recognizing the enormous contribution of farmers, especially small scale and traditional farmers, and local communities to the conservation and development of plant genetic resources.

- Limit the scope of the regulation *per definitionem* to the marketing of PRM *with a view to commercial exploitation above certain quantities*⁹.

The legislative proposal must respect consumers' choice and transparency

The compulsory registration of varieties is often reasoned with consumer protection and transparency on the market. Considering however the resulting reduction of choice on the seed- and on the food-market, due to the technical, financial and administrative burdens imposed on varieties and operators that ignore the increasing demand for more diverse and locally produced food, the PRM draft cannot be regarded as an instrument to safeguard consumers' interests. This proposal is also an obstacle to growing crops for self supply as it reduces the choice of PRM with a broad genetic background which could better adapt to local conditions. In addition, this legislation only focuses at large scale. The reality is totally different at local scale, where the traceability is easily achieved through the direct marketing of seed.

DUS – Distinct, Uniform and Stable - tests, preceding registration of varieties, are reasoned with ensuring high quality. Yet, what is high quality depends on the specific demands of the users - that greatly differ. For a household gardener, a variety without official registration might fit perfectly, however he cannot purchase it due to market restrictions. Farmers looking for seeds or plants with special aesthetic or culinary qualities do not always get what they need from the professional market. Organic farmers, looking for seeds or plants combining a lower than average yield potential with high robustness and therefore little need for external inputs, are not sufficiently provided with adequate PRM.

Another argument that is put forward for the maintenance of the present system is that it would be difficult or impossible for the users of PRM to recognise inadequacies concerning identity or quality at the time of purchase. This may be true; however, it is true for most product markets - be they packaged food, construction services, travel arrangements or software. All these markets flourish to great diversity without any mandatory official pre-market tests like in the PRM regulation. Registration according to DUS criteria and with VCU – Value for cultivation and use - tests could however remain as an option and will provide those consumers who want it with respective PRM categories.

Transparency, on the other hand, could easily be achieved by labelling requirements similar to an operator's label. Labelling is seen as a sufficient means of transparency for other markets like e.g. the food market that has a much bigger potential of affecting human health. An inscription of varieties that are open pollinating, freely reproducible, bred with conventional techniques not protected by IPRs, on a register without DUS tests and at no costs, would at any time ensure traceability and biodiversity. Opposite to its own claims and despite consumers' demands, the draft regulation does not provide for transparency about breeding methods and Intellectual Property Rights related to the varieties on the seed market. In addition, this text, together with the Plant Health Proposal, infringes the trade secret recognised by the European Court of Justice to the farmers reproducing seed as it will facilitate information flow to the industry regarding IP-protected seeds.

We demand

- The exchange of seeds and other plant reproductive material between farmers and between farmers and individuals must be excluded from the scope of the regulation.
- Micro and small enterprises shall only comply with basic rules concerning the operators as long as they are not dealing with any technic of genetic modification¹⁰ or with PRM protected by intellectual property titles (Plant Variety Rights or patents).
- DUS criteria and testing methods shall be adapted for varieties that are bred to support the needs of agro-ecological systems, ensuring that open pollinating varieties and seeds bred for organic farming or specific local conditions are not discriminated by (even voluntary) registration, certification and plant health norms.
- Breeders shall provide information to the public on breeding methods and Intellectual Property Rights associated with a variety and its parent lines when applying for registration. Confidentiality shall not be conceded after registration.

⁹ As an example article 8 of Council Regulation (EEC) No. 1765/92 of 30 June 1992 establishing a support system for producers of certain arable crops defines the notion of small farmer as claiming compensatory payments for an area no bigger than the area which would be needed to produce 92 tons of cereals. The same idea might be reused to define the non-commercial quantities of seed: seed that are produced on an area no bigger than the area which would be needed to produce 92 tons of cereals.

¹⁰ As listed in Annexes IA and IB of Directive 2001/18/EC of the European Parliament and of the Council of 12 March 2001 on the deliberate release into the environment of genetically modified organisms and repealing Council Directive 90/220/EEC.

Mettez immédiatement fin à la perte de la biodiversité cultivée!

Février 2013

Appel à des changements significatifs au sein de la nouvelles réglementation sur la commercialisation des semences (Regulation on Plant Reproductive Material) afin de sécuriser la biodiversité agricole, le droit des paysans en Europe et dans les pays en développement, la sécurité alimentaire mondiale, la liberté de choix et la transparence pour les consommateurs

En Novembre 2012, la DG SANCO a publié un brouillon revisité concernant la proposition de révision de la législation relative au matériel de propagation des plantes (PRM), qui remplacera de nombreuses directives et qui est destinée à la consultation interservices.

En tant qu'organisations de la société civile représentant des centaines de milliers de citoyens européens, nous vous demandons à nouveau¹¹ de rendre la future législation sur les semences plus respectueuse de l'environnement, de l'agriculture durable, des droits des paysans, des attentes des consommateurs, de la sécurité alimentaire globale et des besoins des petits acteurs du secteur semencier, ainsi que de prévenir des **potentielles conséquences négatives du brouillon de proposition**.

Nos principales demandes :

En ce qui concerne la promotion de l'agro-biodiversité :

- ✓ Pas d'enregistrement et de certification obligatoire avec tests sur les semences et autres Matériels de Reproduction à pollinisation libre, et non protégées par des droits de propriétés intellectuels privés (DPI);

En ce qui concerne la promotion de la démocratie et des droits des paysans :

- ✓ Les échanges de semences et d'autres Matériels de Reproduction entre paysans et entre paysans et particuliers doivent être exclus du cadre de la législation;
- ✓ Le cadre de la législation doit être limité à la commercialisation de Matériels de Reproduction *en vue d'une exploitation commerciale et au-delà de certaines quantités (comme définies par l'article 8(2) du Règlement 1765/92)*;

En ce qui concerne la promotion du choix des consommateurs et la transparence :

- ✓ Garantir que les variétés à pollinisation libre et les semences créées pour l'agriculture biologique ou pour des conditions locales spécifiques ne sont pas discriminées par des normes (même volontaires) d'enregistrement, de certification ou concernant la santé des plantes.
- ✓ Les petites et micros entreprises doivent seulement se conformer à des règles de base concernant les opérateurs, tant qu'ils ne travaillent pas avec des OGM ou PRM protégées par des titres de propriété intellectuelle (Certificats d'Obtention Végétal ou brevets).
- ✓ Garantir la transparence concernant les méthodes de croisement et des droits de propriété intellectuelle des variétés et plantes enregistrées.

Veillez trouver ci-dessous notre analyse et un raisonnement plus détaillé s'agissant de comment parvenir à une réelle « meilleure réglementation ». Nous sommes prêts à discuter de ces propositions avec vous. La société civile européenne suivra de près les actions et décisions prises par les législateurs européens et est prêt à défendre ses demandes.

Assuré de l'intérêt que vous porterez à nos préoccupations et à nos propositions, nous vous prions de recevoir, cher Membre de la Commission européenne, l'expression de notre plus profond respect.

¹¹ Comme nous l'avons déjà exprimé dans la lettre ouverte « seedforall.org, envoyée en avril 2012.

Les organisations signataires,

Arche Noah

Aprodev (Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe)

Birdlife

Eurocoop

Friends of the Earth Europe

Grain

IFOAM EU (EU Group of the International Federation of Organic Agriculture Movements)

Save Our Seeds

Slow Food Foundation for Biodiversity

Sowing the Future

Lettre adressée à:

Tonio Borg, Commissaire en charge de la Santé et de la Protection des Consommateurs

Dacian Ciolos, Commissaire en charge de l'Agriculture et du Développement Rural

Janez Potočnik, Commissaire en Charge de l'Environnement

László Andor, Commissaire en charge de l'Emploi, des Affaires Sociales et de l'Inclusion

Antonio Tajani, Commissaire en charge de l'Industrie and de l'Entreprenariat

Andris Piebalgs, Commissaire en charge du Développement

Johannes Hahn, Commissaire en charge de la Politique Régionale

Notre analyse plus détaillée :

Le Brouillon est une menace majeure pour la biodiversité et l'agro-écologie

L'actuel système d'enregistrement et de certification officiels obligatoires est maintenu au sein du brouillon de proposition. Ce système restrictif est en grande partie responsable de la diminution de la biodiversité cultivée des décennies passées. Il impose les mêmes exigences pour les variétés destinées à un jardin domestique, pour les variétés paysannes et pour les variétés principalement utilisées sur des marchés locaux que pour les variétés largement répandues et destinées à l'agriculture industrielle sur de grandes surfaces. Ce système a pour conséquence d'augmenter la perte dramatique de la biodiversité agricole dans le futur, négligeant les engagements de l'UE¹².

Les dérogations très limitées accordées aux « variétés anciennes » sont loin d'être suffisantes. Toute restriction géographique, quantitative ou liée au temps réduit la biodiversité agricole à un concept de musée, ne parvenant pas à concevoir la biodiversité dans un processus dynamique de la plus haute importance pour une agriculture durable et pour la sécurité alimentaire mondiale.

Nous demandons

- ✓ Pas d'enregistrement et de certification obligatoire, payant ou avec tests du Matériel de Reproduction à pollinisation libre, et non protégées par des droits de propriétés intellectuels privés (DPI);
- ✓ Un enregistrement volontaire basé sur des descriptions officiellement reconnues doit être reconnu pour tous les genres et variétés, sans restrictions géographiques liées à la « région d'origine » ou en matière de temps.

La proposition doit respecter les droits et les choix des paysans

Le brouillon rend la pratique paysanne d'échanger les semences de leur propre récolte punissable. Cette pratique millénaire est pourtant très répandue au sein de milliers de fermes non industrielles dans l'UE. C'est une partie de notre culture rurale qui a fait ses preuves en tant que stratégie efficace de partage du travail au sein des communautés rurales. Ces activités agricoles contribuent à la conservation et, à travers les activités de croisement effectuées par les agriculteurs, au futur développement de la biodiversité agricole. Elles contribuent à l'adaptation des cultures aux conditions locales et pourrait aider à améliorer la résistance des agroécosystèmes pendant le changement climatique. De plus, assurer un approvisionnement local en Matériel de Reproduction et la possibilité de s'appuyer sur des connaissances locales devrait être considéré comme une partie essentielle des mesures préventives d'urgence et de réponse à un éventuel désastre.

L'échange de semences et d'autres Matériels de Reproduction entre paysans, et la vente directe de semences à l'échelle locale n'est pas une activité commerciale au sens de la législation. Au contraire, ce sont des activités complémentaires. Elles doivent rester en dehors du champ de la législation afin d'assurer une sécurité juridique aux paysans, qui ne sont pas des opérateurs au sens de la législation sur les Matériels de Reproduction et afin de mieux se conformer aux engagements issus du Traité International sur les Ressources Phytogénétiques pour l'Alimentation et l'Agriculture (TIRPAA)¹³. De plus, l'article 109 de la déclaration « Future We Want » (le futur que

¹² Par exemple ses obligations de protéger les « ressources génétiques des plantes » *in situ* à travers leur utilisation de manière durable, comme il est stipulé dans la Convention sur la Diversité Biologique CBD ; les objectifs clés mis en place par la Stratégie biodiversité de l'UE à l'horizon 2020 : meilleure protection des écosystèmes et de leurs services, contribution accrue de l'agriculture et de la sylviculture durable à la biodiversité, préservation de la diversité génétique agricole européenne.

¹³ Le Traité International sur les Ressources Phytogénétiques pour l'Alimentation et l'Agriculture (TIRPAA) exprime l'obligation de mettre en place le droit des paysans de sauver, utiliser, échanger et vendre leurs propres semences de ferme, et de mettre en place des politiques assurant l'utilisation durable des ressources génétiques des plantes et reconnaissant l'énorme contribution des agriculteurs, tout particulièrement des petits agriculteurs traditionnels et des communautés locales à la préservation et au développement des ressources génétiques des plantes.

nous voulons) de la Conférence Rio+20 des Nations Unies reconnaît l'importance des pratiques agricoles durables traditionnelles, incluant de manière explicite les systèmes traditionnels d'approvisionnement en semences.

Mettre en danger les services rendus volontairement par les agriculteurs afin de conserver et développer la biodiversité agricole entraîne :

> la réduction de la sécurité alimentaire locale

> la perte de la biodiversité *in situ* (conservée par les paysans à des coûts très bas pour le public), et donc,

> une augmentation des coûts publics pour les activités de conservation *ex situ*.

Par ailleurs, la criminalisation des paysans sera « exportée » vers des pays tiers à travers le système d'équivalences et les accords bilatéraux ou multilatéraux spécifiques d'exportation. Dans les pays en développement en particulier, où les semences paysannes informelles jouent encore un rôle primordial pour les systèmes alimentaires locaux, les conséquences d'une telle législation européenne sera encore plus dévastatrice, mettant en danger les systèmes agricoles informels qui nourrissent 70 pourcents de la population mondiale, notamment les plus pauvres.

Nous demandons

- ✓ Les échanges de semences entre paysans et entre paysans et particuliers doivent être exclus du cadre de la législation;
- ✓ Le cadre de la législation doit être limité *per definitionem* à la commercialisation de Matériel de Propagation en vue d'une exploitation commerciale et au-delà de certaines quantités¹⁴;

La proposition doit respecter le choix des consommateurs et la transparence

L'enregistrement obligatoire des variétés est souvent justifié en termes de protection des consommateurs et de transparence des marchés. Si l'on prend néanmoins en compte la réduction du choix sur le marché des semences et sur le marché alimentaire qui en résulte, dû aux contraintes techniques, financières et administratives imposées aux variétés et aux opérateurs et qui ignorent la demande grandissante pour une nourriture locale et diversifiée, le brouillon sur les Matériels de Reproduction ne peut pas être regardé comme un instrument qui sauvegarde l'intérêt des consommateurs. Cette proposition est également un obstacle à la production destinée à l'autoconsommation car elle réduit la possibilité de choisir des Matériels de Reproduction qui ont un large patrimoine génétique et qui pourraient mieux s'adapter aux conditions locales de production. De plus, cette législation ne se concentre que sur les grandes échelles. À l'échelle locale, la réalité est très différente car la traçabilité est facilement atteinte à travers la vente directe de semences.

Les tests DHS (Distincte, Homogène et Stable), qui précèdent l'enregistrement des variétés, sont motivés par l'assurance d'une haute qualité. De nos jours, ce qui peut être perçu comme de la haute qualité dépend des demandes spécifiques des utilisateurs – qui varient grandement. Pour un jardinier amateur, une variété sans enregistrement officiel pourrait parfaitement convenir, néanmoins il ne peut pas se la procurer à cause des restrictions du marché. Les paysans qui recherchent des semences ou des plants avec des qualités esthétiques ou culinaires particulières n'obtiennent pas toujours ce dont ils ont besoin sur le marché professionnel. Les agriculteurs biologiques, qui recherchent des variétés combinant un potentiel de productivité inférieure à la moyenne mais très robustes et qui ont donc un besoin minime en intrants, ne sont pas fournis en Matériels de Propagation adéquats.

Un autre argument qui est mis en avant afin de maintenir le présent system est qu'il serait difficile ou impossible pour les utilisateurs des matériels de propagation de reconnaître les insuffisances en matière d'identité et de qualité au moment de l'achat. C'est peut-être vrai : néanmoins, c'est également vrai sur la plus part des produits

¹⁴ Par ex. l'art8 du Règlement No. 1765/92 du Conseil, du 30 juin 1992, instituant un régime de soutien aux producteurs de certaines cultures arables définit la notion de petit agriculteur comme étant ceux qui font une demande pour des paiements compensatoires pour une superficie qui n'excède pas celle qui serait nécessaire pour produire 92 tonnes de céréales. Le même principe pourrait être repris afin de définir les quantités de semence non destinée à la commercialisation comme étant la semence produite sur une surface qui n'excède pas celle qui serait nécessaire pour produire 92 tonnes de céréales.

commercialisés – que ce soit pour les aliments emballés, les services de construction, les agences de voyages ou les logiciels. Tous ces marchés fleurissent d’une grande diversité sans tests officiels obligatoires et préalables à la mise sur le marché comme ceux de la réglementation sur les Matériels de Propagation. L’enregistrement conformément aux critères DHS et avec des tests VCU – Valeur pour la Culture et l’Usage - pourrait néanmoins rester une option et les consommateurs qui souhaitent obtenir des PRM de telles catégories pourraient en être pourvus.

La transparence, d’un autre côté, pourrait facilement être atteinte à travers des exigences en matière d’étiquetage similaires à un label fourni par un opérateur. L’étiquetage est perçu sur d’autres marchés comme un moyen suffisant d’assurer la transparence comme par exemple le marché alimentaire qui présente pourtant de plus grands risques pour la santé humaine. L’inscription de variétés à pollinisation libres, non protégées par des droits de propriétés intellectuels sur un registre sans aucun frais et sans tests DUS pourrait à n’importe quel moment assurer la traçabilité et préserver la biodiversité. A l’encontre de ses propres prétentions et malgré les demandes des consommateurs, le brouillon de réglementation ne permet pas la transparence concernant les méthodes de croisement et les droits de propriété intellectuelle connexes aux variétés présentes sur le marché des semences. De plus, ce texte, en relation avec la proposition sur la santé des plantes, viole le secret de production reconnu aux paysans reproduisant des semences par la CEJ car elle facilitera la circulation d’informations vers l’industrie pour ce qui concernera les semences protégées par des DPI.

Nous demandons

- ✓ Les échanges de semences et d’autres Matériels de Reproduction entre paysans et entre paysans et particuliers doivent être exclus du cadre de la législation.
- ✓ Les petits acteurs tels que les petites et micro entreprises doivent seulement se conformer à des règles de base concernant les opérateurs, tant qu’ils ne travaillent pas avec des techniques de modifications génétiques¹⁵ ou des matériels de propagation protégés par des titres de propriété intellectuelle (Certificats d’Obtention Végétal ou brevets).
- ✓ Les critères DHS et les méthodes de tests devraient être adaptés aux variétés créées de manière à subvenir aux besoins des systèmes agro-écologiques, assurant que les que les semences à pollinisation libre et les semences créées pour l’agriculture bio ou pour des conditions locales spécifiques ne sont pas discriminées par des normes (même volontaire) d’enregistrement, de certification et concernant la santé des plantes.
- ✓ Les obtenteurs doivent fournir au public des informations relatives aux méthodes de croisement et des droits de propriété intellectuelle associés avec une variété et ses lignées parentes lorsqu’il veut l’enregistrer. La confidentialité ne doit pas être reconnue après l’enregistrement.

¹⁵ Figurant aux annexes IA et IB de la directive 2001/18 sur la dissémination délibérée d’OGM dans l’environnement

